

Von: Brieger, Andreas (DGB-BWU)
Gesendet: Dienstag, 26. April 2016 14:24
Betreff: **Einladung der SPD zum
Thema Waffenexporte und
Rüstungskonversion**

Liebe Kolleg/innen,

gerne leiten wir euch einen Terminhinweis der SPD zum Thema Waffenexporte und Konversion weiter.

Der DGB als Mitglied des Friedensbündnisses Karlsruhe freut sich natürlich über zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder unter den Besucher/innen dieser spannenden Veranstaltung.

Wo: **DGB-Haus, Karlsruhe, Ettlinger Str. 3a / großer Saal, 1. OG**

Wann: **Dienstag, 10. Mai 2016, 18.00 Uhr**

Thema: **Waffenexporte und Rüstungskonversion - zivile Technik statt Waffen**

Referenten: **Anne Rieger, ehem. Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen und Walter Lamprecht, stv. Vorsitzender der SPD Karlsruhe-Stadt**

Mit kollegialem Gruß
Andreas Brieger
Regionssekretär

URL des folgenden Kurz-Reports:
www.stattweb.de/files/civil/Doku20160510ds.pdf

In einer ausführlichen, fundierten und überzeugenden Einleitung begründete der Veranstalter Walter Lamprecht die Notwendigkeit für das Zurückfahren der Waffenexporte und die Mobilisierung für die Rüstungskonversion. Sein Vorschlag den neuen Film [„Vom Töten leben“](#) über Oberndorf/ Heckler&Koch in Karlsruhe zu zeigen, wurde allseits unterstützt. Dann referierte Anne Rieger, Sprecherin des Bundesausschusses Friedensratschlag. Der Unterzeichner kann sich die Berichtsarbeit erleichtern. Hier die [Folien](#) zu dem packenden und anregenden Vortrag. Davor erlebte das Thema im Dezember 2015 beim 22. Friedensratschlags in Kassel noch nie da gewesene 400 TeilnehmerInnen. Die Referentin hatte darüber am 15. Januar einen [Bericht](#) veröffentlicht, der in Karlsruhe inhaltlich erweitert und vertieft wurde. Natürlich bezog sich beide Referenten mehrfach auf die bedeutende Rolle von Jürgen Grässlin gegen die Waffenexporte mit dem Buch [„Netzwerk des Todes“](#). Dazu wurde in der Diskussion ergänzt, dass gegen ihn und Produzenten des Spielfilms [„Meister des Todes“](#) wegen „Geheimnisverrats“ ermittelt werde. Eine gute Antwort sei deswegen, für Grässlin die Stimme zum [„Stuttgarter Friedenspreis“](#) auch im zweiten Wahlgang abzugeben (Termin 13. Mai).

Aus den Diskussionsbeiträgen seien nur der erste und der letzte heraus gegriffen. Beim ersten wurde die die neue [Cyberwar-Truppengattung](#) der Bundeswehr mit 13.000 Soldaten für den Onlinekrieg angeprangert, das glatte Gegenteil von Rüstungskonversion, nämlich die Schaffung eines völlig neuartigen Kriegswaffensystems mit ungeahnten Folgen für ein neues Wettrüsten und einen IV. Weltkrieg. Bei den Anwesenden traf diese Neuigkeit auf großes Interesse verbunden mit dem Wunsch nach fachlicher Vertiefung.

Der Unterzeichner hat dazu etwas im Netz gestöbert und ist z.B. bei Heise Telepolis mit [Florian Rötzer](#) auf Expertise gestoßen. Bitte lesen Sie die Beiträge [Pentagon-Strategie für den Cyberwar](#) vom 29.04.15 und [Beim Cyberwar-Wettrüsten herrscht gefährliche Geheimhaltung](#) vom 17.12.15. Es wäre gut, bald eine Expertengruppe aus Geistes- und Naturwissenschaftlern zu bilden, das neue Komplizierte vereinfacht zu erklären und die Kriegsgefahren verständlich darzulegen. Wer wäre besser von seiner Geschichte her geeignet als der Friedensratschlag und die Naturwissenschaftler-Friedensinitiative unter Hinzuziehung des genannten Experten und anderer auf dem Informatik- und Physikbereich.

Am Schluss wurde kurz noch eine ganz andere Form von Verzicht auf Waffenexport angesprochen. Bezug war die Folie Nr. 14 mit neuen Kriegswaffen aller Kategorien. Dort war ganz unten das neue Kriegsschiff Fregatte F-125 zu finden. Damit soll die Bundesmarine zur „Expeditionary Navy“ erhöht werden, d.h. „auch in großer Entfernung und vor allem unter Bedrohung vor fremden Küsten eingesetzt werden“ (O-Ton Marine), was fatal an die Kanonen-Bootpolitik des deutschen Kaiserreiches vor dem Ersten Weltkrieg erinnert. Ausgemustert wird das Vorgängermodell F-122, zu denen die Fregatte „Karlsruhe“ gehört. Als Zum medial hochgepushten Verabschiedungsfestakt der Partnerstadt, fleißig unterstützt von der lokalen Kriegsertüchtigungspresse, haben einige Friedensbewegte als Gegenton am 25. April die PM [Kriegsschiff „Karlsruhe“ verschrotten!](#) heraus gegeben. Das Friedenbündnis hat diesen Vorschlag unterstützt. Der DGB hat in dessen Auftrag OB Dr. Mentrup um einen Termin bis Ende Mai gebeten, um ihn dafür zu gewinnen. Wie von den Referenten ausgeführt, gibt es de facto keine Rüstungsexport-Kontrollen. Damit das Kriegsschiff nicht auf Umwegen in die Hände von widerwärtigen Kriegstreibern gerät, ist die Verschrottung die einzige Alternative. Mit ganz kleinen Schritten können notwendige große Schritte vorbereitet werden, noch dazu ausgehend von der „Residenz des Rechts“.

Resümierend sei hervorgehoben, dass sich eine ganze Reihe Anwesender bei Walter Lamprecht persönlich für die perspektivreiche Initiative zu diesem Thema und für den Beitrag der Referentin bedankten.

Kriegsschiff „Karlsruhe“ verschrotten!

Dafür sollte die Patenstadt der Bundeswehr-Fregatte plädieren, nachdem für Ende des Jahres deren Einsatz auf den Weltmeeren beendet werden soll.

BNN-Autor Theo Westermann hatte der staunenden Öffentlichkeit am 20. April breitflächig im Stil einer Kriegsverherrlichung mitgeteilt, dass fünf stolze Patenschafts-Kriegsschiffe mit dem Namen der Stadt seit dem Ersten Weltkrieg eingesetzt wurden. OB Dr. Mentrup werde die Marine-Besatzung der letzten „Karlsruhe“ (F-122) in einem Festakt würdig verabschieden.

Zur Begründung der Verschrottungsforderung wollen die Unterzeichner*innen daran erinnern, dass diese Fregatten an Kriegsverbrechen beteiligt waren, dass es Karlsruher Proteste gegen solche Patenschaften gab und wofür die Marine die „verbesserte“ Klasse F-125 braucht.

Vor 4 Jahren wurde im Rathaus die 100-jährige Patenschaft der Stadt mit Kriegsschiffen „Karlsruhe“ gefeiert, wohlgermerkt im Einsatz in zwei furchtbaren von Deutschland ausgelösten Weltkriegen. Vor dem Rathaus der Protest des Friedensbündnisses (Bild mit Ulli Thiel am Transparent).



Die „Karlsruhe“ Nr. 1 galt im Ersten Weltkrieg als „Schrecken der Meere“ und verbreitete Tod und Verderben. Die „Karlsruhe“ Nr. 3 wurde 1937 vom Naziregime in spanische Gewässer zur Unterstützung der Franco-Faschisten gegen die spanische Republik geschickt. 1940 wurde sie am Überfall auf die neutralen Länder Dänemark und Norwegen beteiligt.

Welchen hochproblematischen militärischen Zwecken die „Karlsruhe“ Nr. 5 diene, kann im Rüstungsatlas Baden-Württemberg von IMI e.V. aus dem Jahre 2012 studiert werden. Uns liegt außerdem die Studie „Militarismus wie gehabt?“ des Christlichen Friedensforums Karlsruhe von 1985 vor, in der anhand von aufschlussreichen historischen Dokumenten die Beendigung der Patenschaft gefordert wurde.

Bereits vor 4 Jahren war der Bau von vier Fregatten des neuen Typs F-125 mit der gigantischen Summe von 2,6 Mrd. Euro in Auftrag gegeben worden. Diese sind für die weltweite Kriegführung ausgerüstet und bewaffnet. Die Marine soll zur „Expeditionary Navy“ werden, d.h. „auch in großer Entfernung und vor allem unter Bedrohung vor fremden Küsten eingesetzt werden“ (O-Ton Marine). Das erinnert fatal an die Kanonen-Bootpolitik des deutschen Kaiserreiches vor dem Ersten Weltkrieg.

Ulli und Sonnhild Thiel hatten viele Jahre lang erfolglos bei Vorgänger-OB Fenrich dafür geworben, dass Karlsruhe dem 2003 geschaffenen, weltweiten Bündnis der Bürgermeister für den Frieden „Mayors for Peace“ beitrifft. Am 20. Mai 2014 hatte der Gemeinderat schliesslich beschlossen, dem Wunsch von OB Dr. Frank Mentrup zu folgen und der Initiative "Mayors for Peace" beizutreten. Bei der Gedenkveranstaltung am 16. April zu Ulli Thiels zweitem Todestag (Schöpfer der Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“) erinnerte Bürgermeister Klaus Stapf als Vertreter der Stadt an diese Leistung der Thiels und das vor 2 Jahren gesetzte Zeichen der Stadt. Ulli durfte das leider nicht mehr erleben.

Von deutschem Boden ist genug Unheil ausgegangen. Schluss mit Waffenexporten und Kriegseinsätzen. Rüstungskonversion statt Aufrüstung. Ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung Schulen / Bundeswehr in Baden-Württemberg. Keine Bundeswehr-Werbung in Schulen, Hochschulen und Ausbildungsmessen.

Es wäre gut, wenn die Vertreter der Stadt - OB und Gemeinderat - ein weiteres Zeichen setzen könnten: Die Forderung an die Bundeswehr und das Bundesverteidigungsministerium nach Verschrottung der ausgemusterten Fregatte „Karlsruhe“ zu unterstützen als Zeichen gegen deutsche Waffenexporte (neue oder gebrauchte) und auch gegen den Missbrauch des Kriegsschiffs als Anschauungs- und Erziehungsobjekt der Jugend zum Militärischen. Überzeugender Schlusspunkt sollte sein: Den Schrottwert für soziale Zwecke spenden!

Uwe Borchert, Dagmar Hamdi, Jens Kany, Arno Neuber, Kurt Rentschler,
Dietrich Schulze, Sonnhild Thiel, Wolfgang Weber

Kontakt: Dr. Schulze, dietrich.schulze@gmx.de, Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe